

**NoLager Netzwerk**  
**Kontakt: no-lager@yahoo.de**  
**Telefon Presse: 0176-23294274**  
**Presseanfragen zu Mecklenburg-Vorpommern:**  
**0173-4108642 oder 0179/4541728**

## **Pressemitteilung**

Göttingen, Hamburg, Osnabrück, Schwerin, Berlin, Bremen 21.9.2005

### **Aktionstour gegen das europäische Lagersystem am 24. und 25. September 2005**

Am 24. und 25. September 2005 veranstaltet das *NoLager - Netzwerk* eine zweitägige Aktionstour an Orten in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, wo Demonstrationen und Protestaktionen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern stattfinden werden. In Bramsche - Hesepe (Niedersachsen) wird gemeinsam mit dem "*Komitee für Grundrechte und Demokratie*" zu einer öffentlichen Inspektion des dortigen Abschiebelagers aufgerufen. In Nostorf / Horst bei Boizenburg (Mecklenburg-Vorpommern) sind das neu als landesweites Ein- und Ausreiselager konzipierte Sammellager und ein Containerlager in der Landeshauptstadt Schwerin Ziel der Aktionstour.

Seit November 2000 existiert das Lager in Bramsche - Hesepe / Niedersachsen als Ausreiselager für über 500 Menschen. Auf der Grundlage einer "Prognose" der Asylbehörden werden dort Flüchtlinge direkt im Anschluss an das Erstaufnahme-Sammellager eingewiesen, die vermeintlich keine Chance im Asylverfahren haben. Dort sollen sie durch sog. Beratung zur "freiwilligen" Ausreise gedrängt werden. Das betrifft auch Menschen, deren Asylverfahren formal noch nicht einmal abgeschlossen sind. Unterschreiben Flüchtlinge die Einwilligung zur sog. freiwilligen Ausreise nicht, kann das als Verweigerung der Mitwirkung gewertet und Sanktionsmaßnahmen verhängt werden: Kürzung oder Streichung des Minimal-Bargeldbetrages und weitere Einschränkung der Reisefreiheit. Von der Landesregierung wird dieser repressive Ansatz unter dem Label der Freiwilligkeit als übertragbares Erfolgsmodell für andere Lager propagiert. Es bedeutet jedoch faktisch: statt unfreiwillig "freiwillig" auszureisen, werden deutlich mehr Menschen in die Illegalität gedrängt. Flüchtlinge im Lager Bramsche forderten seit Jahren immer wieder mit Protestaktionen die Schließung des Lagers und die Chance auf ein Bleiberecht.

Seit dem 28. Juni 2005 hat die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns, wegen der drastisch gesunkenen Flüchtlingszahlen, einen Teil des Lagers Nostorf / Horst in eine so genannte "Landesgemeinschaftsunterkunft" (LGU) umgewandelt. Das Lager, außerhalb bebauter Ortschaft bei Boizenburg in einem Wald gelegen, verstößt gegen die eigene "Gemeinschaftsunterkunftsverordnung" des Landes und war ursprünglich die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für alle Flüchtlinge im Land für ca. drei Monate. Die Umwidmung verstößt auch gegen Koalitionsvereinbarungen (SPD / DieLinke.PDS), wonach in Mecklenburg-Vorpommern kein "Ausreisezentrum", faktisch ein Abschiebelager, zu schaffen sei. Nun können dort Flüchtlinge, die kurz- bis mittelfristig vor der Abschiebung stehen, bis zu 12 Monate lang zwangsuntergebracht werden. Ab Anfang 2006 sollen auch alle für Hamburg vorgesehenen Flüchtlinge dorthin ausgelagert werden. Die meisten Flüchtlinge werden gemäß diesem Modell nach der dreimonatigen Erstunterbringung in Horst keine Chance mehr auf eine Übersiedlung nach Hamburg haben. Hamburg soll damit flüchtlingsfrei gemacht werden. Die isolierte Unterbringung von Flüchtlingen in dem stacheldrahtumzäunten Lager wird zur Abschreckung genutzt – außerhalb jeglicher sozialer Kontaktmöglichkeiten, wie sie die Großstadt Hamburg bietet.

Eine Sprecherin des NoLager - Netzwerkes: "Sowohl im Lager Bramsche - Hesepe als auch in Boizenburg-Horst werden Menschen nahtlos von einem Lager ins nächste geschickt, zum frühest möglichen Zeitpunkt nach ihrer Einreise sollen sie so wieder zur Ausreise gedrängt werden. Beide Lager sind Abschiebelager, auch wenn sie formal, beschönigend bezeichnet, zu einer Erstaufnahmeeinrichtung gehören.

Beide Lager sind jüngere Entwicklungen in der bundesdeutschen Lagerpolitik und haben eine expansive Dynamik: statt leer stehende Lager dichtzumachen, werden neue Modelle eingerichtet und mehr Flüchtlinge in Lagern ausgegrenzt. In isolierten Orten werden sie um die Chance gebracht, Kontakte aufzubauen, die Unterstützung bedeuten könnten. So lassen sich Abschiebungen reibungsloser durchsetzen, werden Flüchtlinge abgeschreckt oder verschwinden wegen der unerträglichen Lebensumstände aus dem Lager in die Rechtlosigkeit der Illegalität. Das verbindet sie mit den Lagern, die europaweit an und vor den Grenzen errichtet werden (sollen). Ein System von Flüchtlingslagern, das Flüchtlinge an und vor den EU-Grenzen abfangen soll, besteht bereits in den Ländern an den Rändern der EU und soll bis in die nordafrikanischen Länder hinein ausgeweitet werden.

Wir wenden uns gegen die zu beobachtende Expansion einer Politik der Lager, hierzulande und europaweit. Der Protest gegen die Planungen von Regierungsvertretern, diese Lagerpolitik auszuweiten und exterritoriale Lager vor den EU-Grenzen einzurichten, muss hier vor Ort an den hiesigen Lagern anfangen, denn ihnen ist gemeinsam: Lager und die dort gebündelt angewandten Sondergesetze gegen Flüchtlinge bedeuten eine Abkehr vom Gleichheitsgrundsatz für alle Menschen, hier, an den Rändern Europas und auf den Reisewegen der MigrantInnen. Dies ist eine politisch gefährliche Entwicklung, die wir nicht hinnehmen werden. Wir fordern Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle Menschen.“

### Aktionen:

24. September 12.00, Bramsche - Hesepe Bahnhof: Demonstration zur öffentlichen Inspektion des Abschiebelagers.  
Ab ca. 17.00: Gemeinsame Fahrt im Konvoi nach Mecklenburg-Vorpommern. Die Anerkennung der Residenzpflicht, das Verbot der Reisefreiheit für Asylbewerber, wird dabei kollektiv verweigert.
25. September 10.00: Demonstrationen vor dem Lager Horst / Boizenburg  
13.00 Schwerin - Görries / Containerlager  
15.00 Schweriner Innenstadt, Bahnhofsvorplatz: Demonstration

### Informationen:

Den Aufruf des No-Lager Netzwerks und weitere Informationen zur No-Lager-Tour finden Sie unter:  
[www.nolager.de](http://www.nolager.de) oder:  
[www.fluechtlingsrat-hamburg.de](http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de)

Presseanfragen an das NoLager-Netzwerk unter: 0176-232942  
Presseanfragen zu Mecklenburg-Vorpommern: 0173-4108642 oder 0179/4541728

Rückfragen an das Komitee für Grundrechte und Demokratie unter der Büroanschrift oder unter:  
0163 - 260 89 55 (von Freitag an).  
Dirk Vogelskamp, Komitee für Grundrechte und Demokratie  
Aquinostr. 7-11  
50670 Köln  
Tel.: 0221-972 69 30  
Fax : 0221-972 69 31

Den Aufruf des Komitees und weitere Informationen finden Sie unter:  
[www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de) (dort unter "Presse" / "Flucht, Asyl und Migration")